

Rede der Vorsitzenden des niederländischen Senats, Frau Yvonne E.M.A. Timmerman-Buck, für die VIII. Sitzung der Assoziation der Europäischen Senate, Bern 2006

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Ständerats, liebe Kollegen, meine Damen und Herren!

Es ist mir als Vorsitzende des Senats der Niederlande ein besonderes Vorrecht, zum zweiten Mal in Ihrer Mitte zu verweilen, um so mehr als ich an der letzten Sitzung unserer Assoziation in Berlin leider nicht teilnehmen konnte. Gerne will ich von der Gelegenheit Gebrauch machen, Ihnen, Herr Vorsitzender Büttiker, für den besonders gastfreundlichen Empfang hier in Bern und für die exzellente Organisation dieser Konferenz herzlich zu danken.

Liebe Kollegen, meine Damen und Herren,

in den Niederlanden wird laufend darüber diskutiert, wie die Regierung, aber auch das Parlament ihre Aufgabe erfüllen. Diese Diskussion wird an verschiedenen Fronten geführt und ist in den Niederlanden dort besonders heftig geworden, wo es um die Kluft zwischen Wählern und Gewählten geht. An erster Stelle durch den Siegeszug Pim Fortyns und seine Ermordung, an zweiter Stelle durch das Referendum über den Verfassungsvertrag, bei dem 63% der Bürger anders über die Europäische Union entschieden als die zu erwartende übergroße Mehrheit des Parlaments. Lösungen wurden meist auf verfahrensmäßiger, organisatorischer und institutioneller Ebene gesucht. Die Problematik der Beziehung zwischen Wählern und Gewählten ist jedoch komplex. An dieser Stelle möchte ich auch mit Nachdruck darauf hinweisen, dass die Position der Senate in Europa sehr unterschiedlich ist. Es geht um Unterschiede bei den Befugnissen, die sich auf das auswirken, was heute als Thema ansteht: "grass-roots politics".

Herr Vorsitzender, Sie haben uns eine Reihe konkreter Fragen für dieses Treffen gestellt. Ich will Ihnen darauf auch so konkret wie möglich antworten. Hierbei geht es, wie ich meine, um drei Themenkreise, und zwar um

1. die Interessenvertretung der Wähler,
2. die Beeinflussung der Gewählten,
3. die Kommunikation mit dem Wähler.

Die Interessenvertretung der Wähler

Zunächst: Wie werden die Wählerinteressen im Senat vertreten? Der Senat und das Abgeordnetenhaus in meinem Land sind nach der Verfassung gleichwertig, aber für das heutige Thema ist es wichtig zu wissen, dass der Senat in den Niederlanden politisch weniger in den Vordergrund tritt als das Abgeordnetenhaus.

Ich möchte dies zunächst anhand seiner Befugnisse als Mit-Gesetzgeber veranschaulichen. Der Senat hat im Gegensatz zum Abgeordnetenhaus, aber auch

im Gegensatz zu manchen anderen Senaten in Europa kein Amendementsrecht. Wohl haben wir ein Vetorecht. Das ist ein drastisches Mittel, denn wir dürfen Gesetzesvorlagen nicht zurückschicken. Wenn also im Senat gegen eine Gesetzesvorlage gestimmt wird, verschwindet sie endgültig von der Tagesordnung des Parlaments. Aus diesem Grund wird vom Vetorecht sparsam Gebrauch gemacht. Dies und das Fehlen eines Amendementsrechts führen bereits dazu, dass der Senat einen gewissen Abstand zur Tagespolitik hält.

Ferner werden die Senatoren nicht direkt, sondern indirekt gewählt, nämlich von den Mitgliedern der Provinzparlamente, den Provinzialstaaten. Wahltechnisch gesehen besteht also zwischen den einzelnen Bürgern und den Senatoren keine direkte Verbindung. Allerdings geht man davon aus, dass die Mitglieder des Senats alle Staatsbürger vertreten.

Schließlich sind die niederländischen Senatoren Teilzeitpolitiker. Im Allgemeinen beschränkt sich unsere Sitzungsdauer auf einen Tag pro Woche. Das hängt unmittelbar damit zusammen, dass sich unser Senat vor allem auf seine Rolle als Mit-Gesetzgeber konzentriert und sich in der Regel Zurückhaltung bei der Kontrolle der Regierungspolitik auferlegt. Letztere Aufgabe liegt vor allem beim Abgeordnetenhaus. Dort läuft die Tagespolitik ab und findet die tägliche Kontrolle der Regierungspolitik statt. Hauptaufgabe des Senats ist die Qualitätskontrolle der Gesetzgebung: Taugt das Gesetz rechtlich gesehen, ist es durchführbar und sind die gesetzlichen Bestimmungen durchsetzbar? Einmal im Jahr (wenn es um den neuen Haushalt geht) führen wir politische Grundsatzdebatten. Dabei versuchen wir unseren Mehrwert gegenüber dem Abgeordnetenhaus zu realisieren, indem wir bei den Debatten andere Akzente setzen: mehr langfristig orientiert und auf Querverbindungen zwischen Sachthemen und Ministerien hinweisend. Ein Beispiel hierfür ist die Debatte, welche die "räumlich-ökonomische Entwicklung der Niederlande" zum Thema hat, wo es um den Standort der Niederlande in etwa 20 Jahren geht und bei der sechs Regierungsmitglieder zugeben mussten, dass ihre Pläne Widersprüchlichkeiten und weiße Flecken enthalten. Solche Debatten finden weder die Aufmerksamkeit der Presse noch die Anteilnahme der Wähler. Dennoch tut diese selbst gewählte Distanz von der Tagespolitik ihrer Bedeutung keinen Abbruch. Von alters her wird der niederländische Senat daher auch als "chambre de réflexion" bezeichnet, ein Gegengewicht gegen den "Wahn des Tages" im Abgeordnetenhaus.

Eine langfristige Sichtweise und ein gewisses Abstraktionsniveau bedeuten nicht, dass die Mitglieder des niederländischen Senats nicht wüssten, was sich in der Gesellschaft abspielt und was die Bürger bewegt. Im Gegenteil. Viele unserer Senatoren gehen einer oder mehrerer Tätigkeiten neben ihrer Mitgliedschaft im Senat nach. Dadurch bringen sie einen Schatz an gesellschaftlicher Erfahrung und Kenntnisse in die Debatten mit der Regierung ein. An verschiedenen Stellen in unserer Gesellschaft erfahren sie tagtäglich, was die Menschen bewegt, welche Regierungsmaßnahmen ihren Zweck erfüllen und welche nicht und welche Entwicklungen sich auf bestimmten Gebieten vollziehen. Grundsatzdebatten werden darüber hinaus oft noch von Fachausschüssen vorbereitet, in denen Sachverständige für spezifische Fachgebiete Informationen verschaffen und Fragen beantworten.

Bei der Behandlung von Vorschlägen der Europäischen Kommission ruft unser Senat über die speziell für europäische Themen eingerichtete Website "Europapoort"

(www.europapoort.nl) interessierte Betriebe, Bürger und Organisationen auf, ihre Meinung über die betreffenden Vorschläge zu geben.

Die Beeinflussung der Gewählten

Beim zweiten Themenkreis, Herr Vorsitzender, der heute zur Diskussion steht, geht es um die Beeinflussung der Gewählten. Mehr und mehr tragen Einzelpersonen, Organisationen, Betriebe und Interessenverbände aus eigenem Antrieb über unsere Website, aber auch per E-Mail, Brief und Petition ihre Standpunkte an uns heran. Sie richten ihre Hoffnung oft auf die kritische Prüfung der unser Senat die eingebrachten Gesetzesvorlagen unterzieht. Wie ich schon sagte, wird das Vetorecht nicht häufig in Anspruch genommen. Aber die Tatsache, dass der Senat sein Veto aussprechen kann, ist Woche für Woche Anlass für die Regierung, verschiedene Zusagen zu machen. Dabei kann es um die Zusage zusätzlicher Mittel bis hin zur Evaluierung eines Gesetzes in bestimmten Punkten handeln. Diese Zusagen werden jede Woche auf unserer Website veröffentlicht.

In den Niederlanden ist der Senat die letzte Instanz, die über eine Gesetzesvorlage urteilt. Weil der Senat also das letzte Glied im Gesetzgebungsverfahren ist, wird er von Bürgern und anderen Interessenten nicht selten als eine Art von Berufungsinstanz angesehen, gewissermaßen als rettender Strohalm bei unerwünschten Entscheidungen. Das Bild vom Senat als Berufungsinstanz ist kein glückliches. Wir sind zwar ein politisches Organ, aber wir sind nicht dazu da, doppelte Arbeit zu leisten. Erst wenn das Abgeordnetenhaus bestimmte Aspekte nicht oder nicht hinreichend berücksichtigt hat, wenn in der Hektik des politischen Kampfes Änderungsanträge angenommen wurden, die der Durchführbarkeit des Gesetzes im Wege stehen oder unrechtmäßige Folgen haben oder wenn sich andere neue Tatsachen oder Umstände ergeben, nachdem sich das Abgeordnetenhaus ausgesprochen hat, sind die Bürger beim Senat wirklich an der richtigen Adresse.

Die Kommunikation mit dem Wähler

Herr Vorsitzender, der letzte Themenkreis bezieht sich auf die Kommunikation mit dem Wähler.

Wir versuchen mittels aktiver, proaktiver und interaktiver Kommunikationsmethoden deutlich und kontrollierbar zu machen, womit wir beschäftigt sind. Wir haben uns ausdrücklich nicht dafür entschieden, die Presse "hereinzuholen", sondern wir richten uns direkt an die Bürger und ihre Organisationen.

Konkret kann ich die folgenden Instrumente nennen:

- Während der vierjährigen Sitzungsperiode unseres Senats empfangen wir alle Mitglieder aller zwölf Provinzialstaaten – das sind, wie ich schon sagte, unsere Wähler – und führen mit ihnen Gespräche über Themen, die sie vorschlagen.
- Auf unserer Website informieren wir über Gesetzesvorlagen, die der Senat behandelt, und andere relevante Themen. Sie wird täglich aktualisiert. Unsere Website (www.eerstekamer.nl), einschließlich des von mir bereits genannten Europapoorts, wurde dieses Jahr zum zweiten Mal als eine der zehn besten Websites von Behörden und parlamentarischen Organen in den Niederlanden nominiert.

- Seit 2005 erscheint jedes Jahr ein so genannter Jahresbericht, der in großer Zahl an viele Personen, Einrichtungen, Organe, Behörden und Betriebe verteilt wird. Er ist auch auf unserer Website nachzulesen. Im Gegensatz zu Jahresberichten anderer Stellen geht es hier nicht um das Geschäftsgebaren. Wohl zeigen wir anhand konkreter Beispiele, wie wir unsere Aufgaben erfüllen, wie und wozu wir Debatten mit der Regierung führen und was das konkrete Ergebnis ist.
- Die Plenarsitzungen unseres Senats können übers Internet verfolgt werden.
- In Zusammenarbeit mit der Kammer der Volksvertreter hat der Senat Unterrichtsmaterial für die älteren Schüler von Primarschulen entwickelt, das Aufschluss über die Arbeitsweise der parlamentarischen Demokratie in den Niederlanden gibt.

Abschließende Bemerkung

Herr Vorsitzender, zum Schluss noch Folgendes. Die Antworten von uns allen auf die von Ihnen gestellten Fragen werden eine bunte Vielfalt ergeben. Es ist sicherlich eine gute Sache, über konkrete Instrumente zu reden, die zu den "grass-roots politics" beitragen. Die grundsätzlichere Frage lautet jedoch, welche Beziehung wir zwischen Wählern und Gewählten wollen und welche Rolle unserer Ansicht nach Politiker zu spielen haben. Natürlich, Ihre Fragen, Herr Vorsitzender, an die Teilnehmer dieses Treffens verraten es: Politiker müssen wissen, was in der Gesellschaft spielt und müssen sich die Sorgen der Bürger zu Eigen machen. Aber ich will hier mit Nachdruck hinzufügen, dass Politiker mehr sind als eine bloße Durchreiche für die Wünsche ihrer Wähler: sie sind dem Allgemeininteresse verpflichtet und dürfen mitunter auch die Konfrontation mit Ihren Wählern nicht scheuen. Der Sachverstand, die Empathie und die Überzeugungskraft, womit das geschieht, machen es, dass sie Autorität haben. Ohne solche kompetente Politiker bleibt das Vertrauen in die Politik eine heikle Angelegenheit. Es ist dieser Gedanke, den ich am Schluss meines Beitrags unterstreichen möchte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.